

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M. ...

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 12. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreis: Die einpaltige Kompositi...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Poincarés Triumph.

Fünftelmehrheit für die Ruhrbesetzung. — Protest der Sozialisten.

Paris, 11. Januar. (WTB.) Die Kammer hat mit 478 gegen 86 Stimmen die vorkliegenden Interpellationen über die Ruhrbesetzung...

Das bedeutet ein überwältigendes Vertrauensvotum für Poincaré, der diese Vertagung selbst verlangt hatte.

Paris, 11. Januar. (WTB.) Im Senat gab Ministerpräsident Poincaré die gleichen Erklärungen wie in der Kammer ab.

Mitte Dezember galt Poincarés Stellung allgemein in Paris als verloren, zumal er den Präsidenten der Republik Millerand gegen sich hatte...

Der Wortlaut dieser Kundgebung lag bis in später Abendstunde noch nicht vollständig hier vor. Um sich jedoch ein Urteil über die Geisteshaltung zu bilden...

Das Frankreich des Nationalen Blocks soll sich ruhig austoben. Viel hat es in der Richtung der nächsten und ehrlichen Beurteilung in der übrigen Welt nicht mehr zu verlieren.

Die Rede Poincarés.

Paris, 11. Januar. (WTB.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Kammer erklärte der neu gewählte

Präsident Raoul Poincaré

die Session, die heute eröffnet werde, bilde eine entscheidende Etappe in der Durchführung des Friedenswertes.

Die Nation biete das edelste Schauspiel.

Ruhig und entschlossen stehe Frankreich da! Ich treu allen seinen Pflichten, wünsche Frankreich nur, sie zu erfüllen.

Poincaré

ergriff sodann das Wort und erinnerte zunächst daran, daß seine Regierung der deutschen Regierung ein Moratorium ohne Pfänder und Garantien verweigert habe...

Der Protest der Arbeiterklasse.

Genossen und Genossinnen!

Der französische Imperialismus ist mit belgischen Hilfstruppen in das Ruhrgebiet eingedrungen. Er gibt vor, sich dadurch die im Versailles Diktat ihm zugesprochenen Reparationen sichern zu wollen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist seit dem Ende des Krieges stets dafür eingetreten, daß Deutschland zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs und Belgiens Material bereitstellt...

Die Erweiterung des besetzten Gebietes ist unvereinbar mit dem Versailles Vertrag. Sie zeigt, daß auch vier Jahre nach dem Kriegsende der französische Militarismus...

Für die Bewohner des Ruhrgebietes bringt die französische Gewaltpolitik alle die Leiden, die die Bevölkerung des linksrheinischen Gebietes nun seit mehr als vier Jahren der Fremdherrschaft kennt.

Unser Protest gegen die Gewaltmethoden des französischen Militarismus wird in der Welt dranhin um so eher Widerhall finden, wenn die deutsche Bevölkerung

befonnen und fest für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes

eintritt. Aus diesem Grunde lehnt die Sozialdemokratische Partei es auch ab, mit Nationalisten, denen es, wie ihre Sprache beweist, nicht um Völkerverständigung, sondern um Völkerverherrlichung zu tun ist...

Partei Genossinnen und Parteigenossen! Ihr habt die Pflicht, in diesen Versammlungen in Massen zu erscheinen. Die Verhandlungen der sozialistischen Internationale in Köln haben gezeigt...

Nur durch die Zusammenarbeit der Arbeiter der ganzen Welt wird es gelingen, einen wirklichen Friedenszustand in Europa herzustellen und alle militaristischen Gewaltmethoden aus den Völkerverbindungen auszuschalten.

Deutsche Arbeiter, Beamte und Angestellte!

Befindet am Sonntag in den Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei euren Willen zur Völkerverständigung und euren Protest gegen die Erweiterung militaristischer Fremdherrschaft auf deutschem Boden!

Berlin, den 11. Januar 1923.

Der Vorstand

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Aufruf der freien Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands erheben gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen vor aller Welt den schärfsten Protest.

Die deutsche Wirtschaft erleidet durch diesen Gewaltakt eine katastrophal wirkende Erschütterung, unter der in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands zu leiden hat...

Die freien Gewerkschaften sind zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als sie seit Beendigung des Krieges sich rückhaltlos für die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete eingesetzt haben.

Die französisch-belgische Einmarsch-Rolle verstoßt die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten...

In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsmächten aufgestellten Grundzüge widersprechen allen im Völkervertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker...

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unerfüllbaren und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder überwiegend getragen werden müssen.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verroberung der fundamentalen Grundrechte der Arbeitnehmer...

Berlin, den 11. Januar 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund (AFB-Bund), Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Kundgebung in Berlin.

Entsprechend dem Aufruf des Parteivorstandes, beruft der Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratie gemeinsam mit der Berliner Gewerkschaftskommission...

Massenversammlungen

ein, in denen die Berliner Arbeiterklasse ihren Protest gegen die vortragwürdige und gewaltsame Besetzung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen zum Ausdruck bringen wird.

Die Stellen, an denen die Versammlungen stattfinden, werden noch bekanntgegeben.

der Pariser Konferenz und erläuterte besonders das französische Reparationsprogramm, das der Konferenz unterbreitet worden sei...

Garanten ausführe. Diese Pfänder wären produktiv gewesen, sie hätten den Vorteil gehabt, daß man durch sie einen gemeinsamen Druck der Alliierten auf die deutsche Großindustrie hätte ausüben können...

Schamantes sind. Von Konferenzen zu Konferenzen haben sich zwei- deutige Mißverständnisse gezeigt.

wir schritten einem dunklen und gefährlichen Ziele entgegen.

Heute noch scheint es, daß das Reparationsprogramm nicht von den Engländern und Franzosen unter dem gleichem Gesichtspunkte betrachtet wird. Poincaré kritisiert alsdann den englischen Plan und betont vor allem Dingen, daß man einen Bankierausfluß vor- gesehen habe, in dem ein Deutscher sitzt, der Entscheidungen zu treffen habe. Noch niemals seit drei Jahren hätte man Frankreich, welches auf 52 Proz. der Reparationen Anspruch habe, vorgeschlagen, den Vertrag von Versailles umzustößen, der nicht nur ein inneres Staatsgesetz, sondern ein internationaler Pakt sei. Drei Jahre nach seiner feierlichen Anerkennung

diesen geheiligten Vertrag zu zerreißen,

wäre ein verhängnisvoller Weg. Dann würde nichts Dauerhaftes mehr sein, und die feierlichsten Verträge wären nur auf Tagesbauer geschlossen.

Poincaré setzt die Kritik in der gleichen Weise fort, wie auf der Pariser Konferenz und spricht auch davon, daß der englische Plan Deutschland gestatten würde, seine Suprematie über ganz Europa wieder aufzurufen. Poincaré übt dann Kritik an dem Plan, einen Bankierausfluß einzuführen und sagt: Wie mächtig auch die internationalen Finanzleute seien, er finde keinen Geschmack daran, sie zum Schiedsrichter der Welt zu machen.

Die Einstimmigkeit, mit der die Kammer diese seine Erklärungen aufnehme, beweise ihm, daß heute in finanziellen Fragen der Regierungen die Finanzleute nicht frei schalten und walten dürften. Frankreich und England könnten loyal miteinander verhandeln, ohne ihre Allianz in Gefahr zu bringen. Jede der Nationen habe das Recht, ihre lebenswichtigen Interessen sicherzustellen, ohne des- halb die Allianz aufzugeben. So hätten unter dem früheren Mini- sterium Frankreich und England gehandelt, ohne daß es zum Bruch gekommen sei. Die Allianz werde heute um so weniger gebrochen werden, da die beiden Regierungen überzeugt seien, daß sie aufrecht- erhalten werden müsse. Frankreich habe übrigens nur dem von England selbst unterzeichneten Vertrag Respekt verschaffen wollen. Poincaré geht also dann zu Beschlüssen über, die die Reparations- kommission bei den deutschen Holz- und Kohlenlieferungen habe kon- stallieren müssen.

Deutschland behauptet, daß die gebotenen Preise zu niedrig gewesen seien, während Holz und Kohle direkt zu niedrigeren Preisen angeboten seien. Es

handelt sich also um ein Manöver.

Poincaré sucht auch zu beweisen, daß Deutschland Kohle und Holz hätte liefern können, und daß Frankreich nicht dulden dürfe, daß irgendwelche Verzögerungen bei diesen Lieferungen erfolgten. Der Ministerpräsident geht alsdann auf die wirtschaftliche Lage des Deut- schen Reiches ein, um, wie Havas sich ausdrückt, festzustellen, daß es im Inneren gewirrt sei, die Sachlieferungen auf Reparationskonto zu verweigern. Da Deutschland Kohle nicht geliefert habe, sei es ganz natürlich, daß Frankreich sie bei den Bergwerken suche. Auch auf anderen Gebieten habe Deutschland seinen Widerstand bekundet, darüber müsse die gesamte Welt unterrichtet werden.

Deutschland könne ungeheure Quantitäten Schlacke herstellen,

es könne zweimal mehr produzieren, als seine Landwirtschaft nötig habe. Es könne achtmal mehr Explosivstoffe herstellen, als die Alliierten in Anspruch nehmen, während der Kriegperiode zu fabri- zieren. Was die Lieferung von Schlacke anbetrifft, über die man verhandelt habe, so müsse man feststellen, daß man eine abso- lute Abweisung erfahren habe, was Quantität und Preis anbetriffe. Ueberall Schikanen.

Auch die Schiffe, die Frankreich zu erhalten hätte, seien noch nicht vollkommen abgeliefert worden. Die französische Regierung habe hinsichtlich der Verwendung deutscher Arbeiter ein großes Programm aufgestellt, das die Reparationskommission grund- sätzlich gebilligt habe. Man habe keine Antwort darauf erhalten. Einmal seien die deutschen Minister, die in Frage kämen, auf Reisen gewesen, und erst nach längerem Stillschweigen habe die deutsche Regierung mitgeteilt, sie könne keinen Plan an- nehmen, bevor die Reparationskommission die deutschen Verpflich- tungen festgelegt habe.

Poincaré verliest dann die Bestimmungen des Versailler Ver- trages, in denen Deutschland verpflichtet wird, gewisse Maßnahmen

nicht als feindselige Handlungen

zu betrachten. Wie Chamberlain formell im englischen Unter- haufe anerkannt habe, besitze Frankreich unstrittig das Recht, zu handeln, wie es gehandelt habe. Seine Ingenieure seien heute in

seine Truppen lagerten um die Stadt herum

(Cebhafter Befehl und Kundgebungen auf allen Plätzen mit Aus- nahme der äußersten Linken!) Als Poincaré alsdann nach einer Unterbrechung seiner Rede erklärte, daß Frankreich allein Sanktionen nach dem Vertrage nehmen könne, erklärt: „Wir sind nicht allein!“ bringt die Mehrheit der Kammer dem in der Diplomatensprache anwesenden belgischen Botschafter eine Kundgebung dar und viele Abgeordnete rufen: „Es lebe Belgien“. Poincaré fügt hinzu, wir haben auch an unserer Seite italienische Ingenieure, worauf die Kammer Italien eine Huldigung darbringt.

Er fährt fort: Wie ich im Monat Dezember gesagt habe, will Frankreich nicht aus dem Rahmen des Versailler Vertrages her- austreten, und wenn es heute in das Ruhrgebiet einmarschiert ist, so geschieht es nicht, um irgend etwas, vom deutschen Patrimonium zu nehmen, sondern nur, um die gemeinsamen Interessen der Alliierten zu verteidigen. Poincaré behauptet, daß die deutsche Regierung die

Zurückführung der Archive des Reichskanzlers

aus Essen begünstigt habe, weil sie jedenfalls Beweise der Verfehlungen des Deutschen Reiches enthalten hätten.

Der Abgeordnete Barnagaran ruft dazwischen: Dann holen Sie sie doch aus Hamburg! Nach dem Bericht der Agentur Havas ironisiert Poincaré die Drohungen Deutschlands, den Ver- trag für null und nichtig anzusehen, den es jeden Tag verleihe und unter Beschimpfungen ablehne.

Deutschland habe durch das Boffi-Bureau bekanntgegeben, daß es seine Botschafter in Paris und Brüssel aberufe, aber es habe Geschäftssträger auf den beiden Posten zurückgelassen. Das sei genug, um, wenn nötig, die notwendigen Verhandlungen führen zu können. Deutschland werde es nunmehr zuerst mit der Reparationskommission zu tun haben. Der Ministerpräsident protestiert alsdann gegen die Auslegung, die man der

Zurückziehung der amerikanischen Truppen

gegeben habe. Nichts sei weniger richtig als zu behaupten, Amerika habe dadurch Augen das Vorgehen Frankreichs protestieren wollen. Schon seit langem sei der Entschluß gefaßt worden. Deutschland selbst habe die Befreiung der amerikanischen Truppen verlangt, wie eine Proklamation des Generals Allen am Unabhängigkeitstage be- weise. Der Beschluß des Senats, der vor dem gestrigen Ereignissen gefaßt sei, sei durch ein Amendement vervollständigt worden, das den Gedanken jeder unfreundlichen Disposition Frankreich gegen- über ausschließe. Poincaré fährt alsdann fort: Gestern haben unsere Truppen die englische und amerikanische Besatzungszonen durch- schritten und sind überall im Geiste vollkommener Kameradschaft aufgenommen worden. Zweifelloso zwingt uns das Beistehen Englands, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, deren Unterlassung man ihm hätte zum Vorwurf machen können. Wir haben die deutsche Re- gierung benachrichtigt, daß es sich um

keine Operation militärischer Art

handelt. Wir haben von Soldaten nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht, um die Tätigkeit unserer Ingenieure bei den deutschen Industriellen und Transportdienst zu unterstützen. Es ist klar, daß wir ohne sie zur Ohnmacht verdammt wären. Verheim- lichen wir uns doch nicht, daß wegen des Verlangens von England diese Pfandnahme weniger produktiv sein wird. Ich habe übrigens die Kammer vorher in lokaler Weise darauf hingewiesen, daß man keine beträchtliche Zahlungen nicht erwarten könne, aber geringe Zahlungen sind uns doch immer noch wert, als gar nichts. Wir sind nicht unsehbar. Ich will nicht erörtern, wer in den letzten Mo- naten am stärksten getäuscht wurde, Frankreich oder England.

Aber wir dürfen nicht mehr auf die falschen Ver- sprechungen Deutschlands zählen und uns durch sie täuschen lassen. Wir sind überzeugt, daß Deutschland keinerelei Anstren- gungen machen wird, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn wir nicht den unerläßlichen Zwang ausüben, namentlich auf die Großindustrie. Es handelt sich nicht darum, Deutschland zu ruinieren,

nicht einmal verarmen

so! es. Wir sind der Ansicht, daß ein elendes Deutschland rasch wieder das Zentrum der Reaktion wird. Es handelt sich darum, von Deutschland das zu erhalten, was es vernünftigerweise zahlen kann, zuerst einmal das Holz und die Kohlen, alsdann wollen wir die Reformen veranlassen, die seine Finanzen retten und seine Wirt stabilisieren werden. Wir sind immer bereit, mit Deutsch- land wie mit unseren Alliierten zu verhandeln, nicht etwa, um seine Wiedererhebung zu verhindern, sondern ganz im Gegenteil, um es in seinem Versuch, eine ausländische Anleihe zu erlangen, zu unterstützen. Weitere Erklärungen kann ich der Kammer nicht geben. Die Kammer muß der Regierung Vertrauen schenken.

Die öffentliche Meinung hat während der Pariser Konferenz und nachher ein großes Beispiel von Ruhe und Kaltblütigkeit gegeben. Die Regierung hat entsprechend dem Vertrag und den Beschlüssen gehandelt, die die Kammer gebilligt hat. Unsere Aktion wird um so rascher durchgeführt, je weniger sie durch zu viele Nach- prüfungen geschwächt (1) und behindert wird. Die Regierung glaubt, unter schimmlichen Umständen den Wünschen des Landes entsprochen zu haben, um einer zu schmerzlichen und langen Reihe von Konzessionen zu entgehen. Sie ist sich bewußt, Frankreich das Recht gewahrt zu haben, das es aus dem Vertrag und aus dem siegreichen Frieden herleiten kann.

Der sozialistische Abgeordnete

Léon Blum

ergreift nach Poincaré das Wort und erklärt, daß seine Fraktion es nicht dulden könne, daß die eingereichten Interpellationen auf ein sehr weit hinausgeschobenes Datum vertagt werden. Es handle sich darum, zu wissen, ob die Kammer stillschweigend ernste Er- eignisse sich entwickeln lassen wolle, die notwendigerweise weitere nach sich ziehen würden. Seine Fraktion beabsichtige, mit aller Macht gegen die getroffenen Maßnahmen zu protestieren. Die Sozialisten beabsichtigten vor allem als Franzosen zu protes- tieren. Der Abg. Blum, der von der rechten Seite

mit antimilitärischen Schimpfereien bedacht

wird, konnte seine Rede nicht fortsetzen. Es kam wegen dieser Be- schimpfungen beinahe zu einem Handgemenge zwischen dem radikalen Abgeordneten de Moro-Giafferri und einem Mitglied der royalistischen Partei, so daß der Kammerpräsident genötigt war, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erteilte der Kammerpräsident die beleidigenden Äußerungen kon- fessioneller Art.

Léon Blum erklärte weiter, seine Freunde würden nicht den Fehler begehen, Handlungen zuzustimmen, die nach ihrer Ansicht zu einem sicheren Mißerfolg führen müßten. Die von der Re- gierung getroffenen Maßnahmen würden kein anderes Ergebnis haben, als das Mißtrauen in der Welt zu vergrößern. Man werde nur den Glauben verstärken, daß es Frankreich nicht um Re- parationszahlungen, sondern um irgendwelche politische Ausbeutung oder verschleierte Annexion zu tun sei. Blum verlangt schließlich sofortige Besprechung der Interpellation. Die Kammer könne nicht schweigen, wenn sich ernste Ereignisse vollzögen.

Poincaré verlangt nunmehr die Vertagung der Interpellationen bis nach der Abstimmung über das Finanzgesetz. Es kommt zu einer sehr verworrenen, lebhaften Diskussion und vor allen Dingen zu Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und dem Abge- ordneten Ehrlich, die beinahe zu einem Handgemenge führen, so daß der Kammerpräsident nochmals die Sitzung unterbrechen mußte. Gegen den Abgeordneten Ballant Couturier wird die Jen- tur ausgesprochen. Hierauf wird, nachdem die verschiedenen Par- teiführer Erklärungen im Sinne des Antrages von Poincaré abgegeben haben, die Vertagung der Interpellationen, wie bereits gemeldet, auf den ersten Freitag im Februar mit 478 gegen 88 Stimmen be- schlossen.

Vorsichtiges Abrücken der Radikalen.

Paris, 11. Januar. (WTB.) Im weiteren Verlaufe der Aus- schußsitzung der Radikalen und der Sozialistisch-Radikalen Partei traten der Vorsitzende Herriot, der ehemalige Vorsitzende Abgeordneter Renard und Painlevé, der zwar der radikalen Partei nicht angehört, der Konferenz jedoch in seiner Eigenschaft als ehemaliger Ministerpräsident beizwohnte, dafür ein, daß die Partei sich der Abstimmung über die Regierungserklärung enthalte. Dagegen erklärten die Abgeordneten Daladier und Pinard, man müsse gegen die Erklärung Poincarés stimmen. Die Abgeordneten Archambault, Chautemps, Israel und Adolphe Chéron verlangten schließlich, daß die Regierung unter- jügt werde. Angenommen wurde der Vorschlag Herriot-Renard-Painlevé auf Stimmenthaltung. Dieser Standpunkt erhielt die große Mehrheit der Stimmen, während für die Unterstützung der Regierung 8, gegen die Regierung 10 Stimmen abgegeben wurden.

Paris, 11. Januar. (WTB.) Senator d'Estournelles de Constant hat Poincaré mitgeteilt, daß er ihn wegen der Ruhrbefehle, gegen die er protestiere, zu interpellie- ren gedenke.

Erzönig Konstantin von Griechenland ist in Palermo an Gehirn- schlag plötzlich gestorben.

Die Stadt auf Abbruch.

Von Bruno Manuel.

Seit nach der Revolution wurden auf dem Lande Ziegelsteine niedergelegt; weil Zerstörung von Gebäuden rentabler war als Her- stellung von Gebäuden; weil jeder abgebrochene Ziegelstein mehr einbrachte als jeder Gebrannte. Abbruch ist, wenn Wiederaufbau ausbleibt, eine unproduktive Maßnahme. Produktivität heißt Wohl- stand. Das Gegenteil von Produktivität muß auch das Gegenteil von Wohlstand sein — selbst wenn Abbruch Scheinrentabilität vor- täuscht.

Das Beispiel der Ziegelsteine bleibt symbolhaft bis auf den heuti- gen Tag. Die chaotischen Erscheinungen haben sich in vier Jahren beängstigend vermehrt: vandalischer Abbruch am Allgemeingut du ch das Individuum ist Tagesordnung. Erst kamen die Volkstürme der Eisenbahn heran; die Fensterriemen; die Gepäckstücke. Wir schritten ins metallene Zeitalter: die messingnen Türgriffe, die Fensterriegel folgten dem Griff der Nachkriegshäuser. Die Rentabi- lität der Diebesfahrten wurde (staatlich ungehemmt) öffentlich an- gepriesen (Metallankaufstellen). Heute erleben wir die Auswirkungen behördlicher Ketzergie in brutaler Schärfe.

In Berliner Parks und Anlagen verschwinden Bänke und Ein- friedigungen, die zu schützen und zu benutzen das Publikum die Ehre hatte. Es konnte sie längst nicht mehr schützen: die Parks sind vernordlichte Dschungel geworden, wo zweibeinige Plünderungs- wölfe sich über Spaziergänger hermachen. Sogar die Rotunden tragen die Bissentkarte des Vandalismus. Von Gebäuden werden Regengossen bis über Mannshöhe entfernt; Türklinke weggerissen; Beschläge abgeschraubt. Streckenhandlanger metallener Lampenteile beraubt. Wir müssen über Löcher im Straßenpflaster sehen: weil Verschlußdeckel von Hydranten und Kanalisation fehlen. Sie wend- erten den Weg allen Metalls. Es kommt der Tag, da die Straßen- bahn nicht ausfahren kann, weil die Leitungsdrahte weg sind; da wir nicht über die Spree können, weil Brückenträger fehlen; da wir kein Licht haben, weil die Leberlandleitung unauffindbar ist; da die Eisenbahn nicht fährt, weil sie keine Schienen, keine Signallampen, keine Weichen, keine Hebel, keine Schwellen hat.

Wir werden gelegentlich reiß werden für die städtische Müll- abfuhr.

An jedem zweiten Haus laden eindeutige Plakate zum Metall- diebstahl ein. Tabellen machen mit den Marktpreisen vertraut. Säulenplakate weisen den Weg zum nächsten Abnehmer. Zeitungs- anzeigen machen den Mund dem moralisch lose Verantwärtigen wässrig. Der Magistrat schmeißt mit Konzessionen nur so um sich. Man sehe keine Behinderung aus für Wiederbeschaffung von Parkgittern und Regengossen. Die Wiederbeschaffung kann jeder Kriminalbeamte ohne Extraausgaben erlangen. Er findet (unter Garantie) bei zehn von hundert Metallankaufstellen seine Parkgitter, Regengossen,

Sampekteile, Leitungsdrahte wieder. Nie hat es eine Zeit seinen Spießbuben und seinen Kriminalbeamten so leicht gemacht.

Kampf den Banditen, die unsere öffentlichen Anlagen plündern! ist eine verkehrte Parole. Kampf den Hehlern! muß es heißen. Sie laufen das Diebstahl, wenn auch nicht direkt wissend, so zumindest ahnend. Sie ahnen, daß jene Metallstangen zu Treppentäusern ge- hörten; ahnen, daß jene Klinten an Haustüren saßen; ahnen, daß jene verstümmelten Metallteile an Denkmäler oder an Straßen- laternen gehörten.

Rechnet Ihr den Banditen die Abschmöglichkeit, nehmt Ihr ihnen den Banditismus.

Essen. Essen in seiner heutigen Gestalt ist durchaus eine Schöpfung der neuesten Zeit. Wenige Jahrzehnte haben genügt, um aus einer kleinen, stillen Provinzstadt einen Riesenzooorganismus zu machen, der unter den Großstädten Preußens nach Berlin und Aden jetzt an dritter Stelle steht. Bei der Volkszählung von 1895 hatte Essen erst 98 000 Einwohner. Aber schon im Jahre 1900 war es auf 119 000 Seelen angewachsen, im Jahre 1908 hatte es sich schon wieder fast verdoppelt und 230 000 Einwohner. Rund 100 Jahre vorher, im Jahre 1803, als die Stadt an Preußen ge- kommen war, war Essen noch ein kleines Landstädtchen mit 3000 Be- wohnern gewesen. Wie sah es damals in Essen aus! Durch die engen, erdähnlich gepflasterten Gassen, die — so berichtet ein Schilderer — nachts jeder Beleuchtung entbehrten und durch zahl- reiche Düngergruben fast unpassierbar waren, trieben die städtischen Hirtin die Rinde und Scheweine der Bürger vor die Stadtmauern hinaus. Mauern, Reste mittelalterlicher Befestigungen waren noch da, sollten aber nun bald fallen — weil die alten Mauern das billigste Material für das Pflaster lieferten.

Das war Essen vor nicht viel mehr als hundert Jahren. Wenn die Stadt in ihrer Entwicklung so zurückgeblieben war, so war das nicht zum geringsten Teil die Schuld ihrer damaligen Obrigkeit; denn diese wurde durch eine — Mediziner repräsentiert. Essen war eha- mals nämlich der Sitz einer Benediktiner-Frauenabtei, die im Jahre 873 als Nonnenkloster gestiftet und 400 Jahre später, Anno 1275, in eine reichsumwandelbare, gefürstete Frauenabtei umgewandelt wurde. Die Abtei, die meist einem regierenden Hause einnommen wurde, hatte als Reichsfürstin Sitz und Stimme auf der rheinischen Prälatenbank. Den großen Wendepunkt in Essens Geschichte bildete das Jahr 1803, das unglücklichen keinen geistlichen Herrschaften ein Ende machte. Auch das Elft Essen wurde säkularisiert und kam an Preußen. Durch den unglücklichen Krieg ging es aber mit allen seinen westdeutschen Besitzungen auch Essens wieder verlustig, und im Frieden von Tilsit wurde die Stadt mit dem Großherzogtum Berg vereinigt. Im Jahre 1815 wurde Essen an Preußen zurück- gegeben.

Nun marschieren Franzosen inmitten des großstädtischen Ge- wühls der Reitwägen Straße, und in dem von dichtem Menschen- gewühl erfüllten Engpaß der Limbecker Straße, die so eng und beengt ist, daß den ganzen Tag hindurch kein Fuhrwerk ihren Abhalt passieren darf. Wie Limbecker Straße, die bis zum Limbecker Platz führt, wo das gewaltige Stadtviertel der Krumpfen Werke beginnt, ist charakteristisch für Essens Entwicklung. Kaum ein einziges der

alten, niedrigen, mit grünen Fensterläden ausgestatteten bergischen Häuser steht hier noch; der Engpaß, noch schmaler als die berühmte Hohe Straße in Köln, wird beiderseits eingefaßt von modernen Ge- schäftspalästen mit großen und eleganten Kaufhäusern und ihrem rasi- losen Verkehr. Ihr dichtes Menschengewühl hat Alfred Kerr mit dem Gewimmel der Wallstreet in New York verglichen. Dort zwar alles in gigantischen Ausmaßen, aber auch hier der mächtige Impuls einer werdenden Weltstadt. Einmal wird der Tag kommen, da Essen das Herz jener ungeheuren Industrieweltstadt sein wird, die sich ununterbrochen von Duisburg bis Dortmund erstreckt wird; einmal wird der Tag kommen, da der Franzose diese uralte deutsche Stadt freigeben muß und neue Blüte auf diesem vom Schweiß schwerer Arbeit gebügten bergischen Boden an der Ruhr zur Ent- faltung kommt.

Drahtlose Photographie. Von einer wichtigen wissenschaftlichen Entdeckung macht die „Daily Mail“ ihren Lesern Mitteilung, indem sie behauptet, es sei jetzt gelungen, das Problem der drahtlosen Photographie zu lösen. „Vor 30 Jahren,“ heißt es in dem Bericht des Blattes, „erfand Amstutz eine Methode, durch die ein Bild in kleine Teile zerlegt wurde und jedes durch einen Buchstaben des Alphabets oder eine Nummer bezeichnet wurde, um seinen Licht- und Schattengrad anzuzeigen. Diese Methode ist mit verschiedenen Ver- besserungen kürzlich wieder aufgenommen worden, aber sie bleibt unbefriedigend. Eine richtige Photographie kann nur genau über- mittelt werden, wenn das Bild, das gefaßt werden soll, selbst die Grundlage für die drahtlose Einrichtung bildet. Eine solche Methode ist nun ausgearbeitet worden, und zwar verwendet man die Er- findung von T. Thorne Baker, dessen Apparat in den Jahren 1908 bis 1911 dazu benutzt wurde, um Hunderte von Bildern von Paris und Manchester nach London zu telegraphieren. Sehr er- mütigende Ergebnisse wurden vor etwa zwei Jahren mit den In- strumenten Bakers auf der Telegraphenlinie zwischen Manchester und London erreicht. Es hat zwei Jahre gedauert und kost- licher Untersuchungen bedurft, um dieselben Ergebnisse mit drahtlosen Telegraphie zu erreichen. Während der letzten Wochen sind nun Verbesserungen gemacht worden, die einen bedeutenden Fortschritt ausweisen und den Tag in greifbare Nähe rücken, an dem das drahtlose Bild eine regelmäßige Erscheinung der illustrierten Blätter werden wird. Die bisherigen Resultate sind noch nicht voll- kommen, aber es ist doch schon möglich, ein Bild auf drahtlosem Wege ziemlich gut wiederzugeben.“ Es wird in dem Blatte ein Beispiel drahtloser Photographie veröffentlicht, in dem ein Mann auf Schneeschuhen dargestellt ist, der einer den Steilhang lernenden Dame Hilfe leistet. Die Figuren sind ganz deutlich, wenn auch freilich noch etwas verschwommen und in unsicheren Linien wieder- gegeben. Die Zeit der Hebermittlung mit dem Apparat Bakers ist auf nur drei Minuten herabgesetzt worden. Eine besonders präpa- rierte Photographie wird mit dem drahtlosen Sendepaar in Ver- bindung gebracht und innerhalb von drei Minuten wird die photo- graphische Uebertragung auf den Empfangsapparat erreicht; der ganze Vorgang vollzieht sich automatisch. Das gezeigte Bild wurde von einem Gebäude nach einem etwa 100 Meter entfernten anderen übermittelt. Man wird jetzt Versuche unternehmen, um die Ueber- mittlung auf größere Entfernungen auszudehnen, und da die Ent- fernung in der drahtlosen Telegraphie verhältnismäßig wenig aus- macht, hofft man in dieser Hinsicht bald gute Erfolge zu haben.

Gewerkschaftsbewegung

Der übliche Kummel.

Die deutsche Arbeiterschaft wird durch die Besetzung des Ruhrgebietes in ihrer wirtschaftlichen Existenz aufs schwerste bedroht. Wenn jemals, so tut ihr jetzt einheitliches und geschlossenes Handeln nötig. Es gilt jetzt, alle Kräfte zusammenzufassen, um zu verhindern, daß die unvermeidlichen Folgen nicht zu einer weiteren Vereinerlichung der Arbeiterschaft führen. Wie zu erwarten war, ist diese bedrohliche Situation der deutschen Sektion der russischen Bolschewisten ein gefundenes Fressen, um unter dem Feldgeschrei „Einheitsfront“ die Spaltung in die Arbeiterschaft hineinzutragen, oder wenigstens den Versuch dazu zu machen, und gegen die Gewerkschaften und ihre Führer eine neue Hege zu beginnen.

Für gestern abend hat man zunächst eine sogenannte Betriebsrätenversammlung nach den Sophienböden einberufen. In Berlin gibt es über 15 000 Betriebsräte. Die Sophienböden fassen höchstens 2500 Personen. Das nennt man dann „Betriebsrätenversammlung“. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter untereinander verkehrt werden.

Dieselben Kommunisten, die wegen der Maßregelung von zwei Betriebsräten zu einem Generalstreik aufriefen, tun fürstlich entrichtet, weil einmal in einer Sache, die die gesamte Arbeiterschaft in ihren Lebensinteressen trifft, ein Proteststreik angeregt werden könnte. Wir wissen nicht, zu welchen Beschlüssen die Spitzenorganisationen kommen werden. Wir wissen aber eins: die gesamte Arbeiterschaft, die Beamten und Angestellten werden diesen Anordnungen Folge leisten. Auch die Kommunisten. Damit meinen wir natürlich nicht die von Moskau bezahlten Angestellten, die in der „Roten Fabrik“ die Arbeiterbewegung zu betreiben haben, sondern die ehrlichen Arbeiter, die sich Kommunisten nennen, weil sie glauben, dies sei besonders revolutionär. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat im übrigen der übliche Kummel der Kommunisten längst jede Bedeutung verloren.

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes wurde am Dienstag mit dem Referat des Bezirksleiters Gärner über das geplante Arbeitszeitgesetz jorisiert. Der Referent schilderte die zunehmenden Schwierigkeiten, welche während der Behandlung des Gesetzes im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat entstanden sind, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Reichstag bei der endgültigen Beratung noch eine ganze Reihe Verbesserungen vornimmt, zu denen sich der Reichswirtschaftsrat nicht entschließen konnte. Nach einer kurzen Aussprache nahm die Konferenz zu diesem Thema folgende Entschliebung einstimmig an: „Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum am 8. und 9. Januar 1923 kommt nach Prüfung der Beschlüsse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zum Beschluß, daß die Regelung der Arbeitszeit gewerkschaftlicher Arbeiter zu dem Ergebnis, daß die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates für die Bergarbeiter unannehmbar sind. Die Konferenz erwartet namens der Bergarbeiter die Annahme der Reichskonferenz eine Regelung, welche den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung trägt.“

Danach berichtete Limberg über die Umstellung der Staatsbergwerke in Preußen. Die Vorarbeiten zu dieser Umstellung sind schon längere Zeit im Gange und erstreben eine größere Bewusstheit der Verwaltung der staatlichen Bergwerke. Für die Arbeitervertreter ist die Frage, ob reiner Staats- oder gemischtwirtschaftlicher Betrieb, ausgeschlossen, da die Arbeiter nicht gewillt sind, Staatsbesitz und durch Beteiligung des Privatkapitals abzutreten. Auch ist es nicht wahr, daß der Staatsbetrieb unrentabel ist, da die staatlichen Bergwerke zurzeit einen beträchtlichen Uberschuß erbringen. Von interessierter Arbeitsberufe ist der Vorschlag gemacht worden, eine Anzahl kleiner selbständiger Aktiengesellschaften zu bilden. Die Konferenz stimmte der Auffassung des Berichterstatters zu, unter keinen Umständen dem Privatkapital Einfluß auf die Staatsbergwerke zu gewähren.

Eine längere Debatte entwickelte sich über die Richtlinien für Notstandsarbeiten bei Streiks, über welches Thema Karimüller referierte. Der Vorstand des ADGB hat in Ausführung eines Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses solche Richtlinien den Verbänden nochmals vorgelegt. Es besteht kein Streit darüber, daß bei Streiks Notstandsarbeiten verrichtet werden. Notwendig ist, daß die Technische Rathilfe arbeitslos gemacht wird. — Hufmann stellte noch ergänzend mit, daß, wenn die Richtlinien vom Bundesvorstand angenommen werden, diese auch für den Verband Geltung haben und mit dem Statut zu verbinden sind. Die Gegner der Richtlinien befürchten davon eine unerwünschte Festlegung für künftige Zeiten, während die Befürworter richtig betonten, daß im Falle eines Streiks unser Einfluß so groß ist wie unsere Macht, die wir einzusetzen haben. Die Konferenz nahm schließlich einen Antrag an, welcher sich mit der Vorstandsvorlage einverstanden erklärte.

Der Gesamtvorstand und die Bezirksleiter des Ruhrgebiets des Verbandes der Bergarbeiter erlassen an ihre Mitglieder zur Frage der Kündigung des Ueberarbeitsabkommens folgenden Aufruf:

„Die Union der Hand- und Kopfarbeiter fordert in Anschlägen an die Bergarbeiter des Ruhrgebiets auf, in Belegschaftsversammlungen eine Urabstimmung über die Ueberarbeitsfrage zu beschließen und dafür einzutreten, daß am 15. Januar die Ueberarbeit nicht wieder aufgenommen wird. Die Union behauptet, daß der Verbandsvorstand nicht die Absicht habe, dem Beschluß der letzten Bochumer Revierkonferenz nachzukommen und ergeht sich dabei in leidenschaftlichen, völlig haltlosen Behauptungen. Demgegenüber haben wir zu erklären:

Der Beschluß der Bochumer Revierkonferenz wird vom Verbandsvorstand pflichtgemäß ausgeführt werden. Wir haben diesen Beschluß den am Verträge beteiligten Bergarbeiterverbänden am 2. Januar mitgeteilt und gebeten, dazu Stellung zu nehmen, damit noch im Laufe dieses Monats in einer Konferenz der Vorstands-

vertreter der vier Bergarbeiterverbände zu der Kündigung der Ueberarbeit zum 28. Februar Stellung genommen werden kann.

Bis zur Kündigung des Ueberarbeitsabkommens muß jedoch der Verband daran festhalten, daß er als Vertragspartei verpflichtet ist, für den Wiederbeginn der Ueberarbeit am 15. Januar einzutreten. Es ist Pflicht unserer Kameraden, hier die Vertragstreue der Organisation zu beweisen und allen Versuchen entgegenzutreten, die Ueberarbeit am 15. Januar einzustellen. Entgegenstehende Beschlüsse von einzelnen Versammlungen haben für unsere Mitglieder keine Wirkkraft.

Wenn wahlweise, mit großer Mehrheit gefasste Beschlüsse der Organisation nicht eingehalten werden, so bedeutet das Schwächung der Organisation, Minderung ihres Einflusses und die Gefahr der Wiederkehr tarifarischer Zustände im Arbeitsverhältnis. Was das für die Bergarbeiterchaft bedeuten würde, braucht man erfahrenen Gewerkschaftlern nicht zu sagen. Die Beschlüsse der Organisation müssen daher sowohl in Zeiten der Ueberarbeit als auch in Zeiten der Stundung bzw. Aufhebung der Ueberarbeit befolgt werden.

Wir fordern deshalb unsere Kameraden auf, sich an den von der Union empfohlenen Belegschaftsversammlungen und Urabstimmungen nicht zu beteiligen, sondern ihnen energig entgegenzutreten.“

Böhne der Berliner Gemeindefahrer.

Nach dem Ergebnis der Tarifverhandlungen am Mittwoch betragen die Stundenlöhne für Vollarbeiter:

Vom 1. bis 15. Januar:	Ledige	Verheir.	mit 1 Ab.	mit 2 Ab. *)
Ungelernte . . .	390,—	354,—	379,—	404,—
die Erhöhung beträgt	56,—	65,—	70,—	75,—
Angelernte . . .	337,—	301,—	326,—	351,—
die Erhöhung beträgt	57,—	65,—	71,—	76,—
Handwerker . . .	352,—	376,—	401,—	426,—
die Erhöhung beträgt	60,—	69,—	74,—	79,—
Vom 16. bis 31. Januar:				
Ungelernte . . .	385,—	409,—	434,—	459,—
die Erhöhung beträgt	111,—	120,—	125,—	130,—
Angelernte . . .	394,—	418,—	443,—	468,—
die Erhöhung beträgt	114,—	123,—	128,—	133,—
Handwerker . . .	413,—	437,—	462,—	487,—
die Erhöhung beträgt	121,—	130,—	135,—	140,—

Die Tarifkommission des Lohnkartells hat diesen Sätzen zugestimmt, wozu eine Funktionärerversammlung am Sonntag Stellung nehmen wird.

*) Für jedes weitere Kind 25 R. mehr.

Der Eisenbahnerverband zur Gehaltsregelung.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat in Gemeinschaft mit dem Beirat in einer Konferenz am 10. und 11. Januar 1923 im Berliner Gewerkschaftshaus zu dem Ergebnis der Verhandlungen vom 8. und 10. Januar Stellung genommen und nach eingehender Beratung folgende Entschliebung gefaßt:

„Das Verhandlungsergebnis ist keineswegs als ein Ausgleich für die eingetretene Geldentwertung und Verteuerung der Lebenshaltung zu bezeichnen. Die gewährte Teuerungszulage ist unzureichend sowohl für die Lohnempfänger wie auch für die unteren und mittleren Gruppen der Gehaltsempfänger. Die Konferenz verurteilt es, daß den Forderungen der Mitglieder und den Vorschlägen der Organisation gegenüber die gesamte Beamtenzulage wieder auf den prozentualen Teuerungszuschlag umgelegt wurde, und sie beauftragt den Vorstand, sich für eine soziale Gestaltung der Besoldungsordnung entschieden einzusetzen und zur Erreichung dieses Zieles auf Reichstag und Regierung einzuwirken. Die Konferenz fordert von der Regierung bei den künftigen Verhandlungen mehr Verständnis und Entgegenkommen für die Notlage des Personals und eine finanzielle Gleichstellung vergleichbarer Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger. In Rücksichtnahme auf die jetzige wirtschaftliche und außenpolitische Lage des Reiches, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes eine weitere Verschärfung erfahren hat, beschließt die Konferenz, von aggressiven Maßnahmen abzusehen und das Verhandlungsergebnis als eine vorläufige Regelung hinzunehmen. Sie erwartet jedoch, daß für den Monat Januar eine beschleunigte Revision und Ausdehnung der Sonderortszulagen (in Gebieten und Orien mit hohen Industrielöhnen) vorgenommen wird. Die Konferenz konstatiert, daß der Reichslohn-Tarifvertrag von den Eisenbahnverwaltungen wiederholt willkürlich durchbrochen wurde und sie fordert mit Entschiedenheit vom Reichsverkehrsministerium die strikte Einhaltung bestehender Verträge und Vereinbarungen.“

Der Schiedsspruch in der Musikinstrumenten-Industrie.

Wie in verschiedenen anderen Industrien, so glauben auch die Klavierfabrikanten und die ihnen angeschlossenen Untergruppen dem Volkswohl am besten damit zu dienen, wenn die Arbeitslöhne möglichst niedrig gehalten werden. Schon im Dezember wurde jede Lohnerrhöhung abgelehnt und nur zu Weihnachten eine minimale Teuerungszulage gewährt. Der tarifliche Durchschnittslohn der Klavierarbeiter beträgt seit der zweiten Dezemberwoche immer noch 391 R. Im Dezember wurde die ablehnende Haltung, bzgl. Gewährung weiterer Lohnzulagen, mit dem Sinken des Dollarkurses begründet; im Januar dagegen hieß es, wo der Dollar eine schwindelhafte Höhe erreichte, in anderen Industrien werde noch weniger gezahlt, und wenn diese Arbeiter nicht verhungert seien, werden auch die Klavierarbeiter nicht zugrunde gehen. Außerdem seien die Fabrikanten verpflichtet, Reserven zurückzulegen, um für kommende Zeiten geschützt zu sein; darum verträge die Industrie eine weitere Befreiung nicht.

Nach dieser Einstellung der Fabrikanten ergibt sich die Notwendigkeit, einmal in aller Deffentlichkeit auf die industrielle Entwürdigung der Berliner Musikinstrumentenindustrie näher einzugehen.

Nachdem die Verhandlungen, die zwischen den beiderseitigen Organisationen geführt wurden, infolge des lächerlichen Angebots der Arbeitgeber scheiterten, riefen diese den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin an. Jedoch weigerten sie sich, da der Termin des Schlichtungsausschusses noch ungewiß war, den Arbeitern einen den Zeitverhältnissen entsprechenden Vorschlag zu machen. Als diese in den Betrieben mit den Arbeitgebern um Erhöhung des von Arbeitgeberseite angebotenen Vorschusses verhandelten, und einzelne Belegschaften das Ergebnis dieser Betriebsverhandlungen abwarteten, ohne wie in gewohnter Weise zu arbeiten, sperrten eine Anzahl Scharfmacher diese a. u. S. Die Absperrung der übrigen 7000 Arbeiter ist vom Arbeitgeberverband für heute angebroht worden.

In dieser Situation fanden die Verhandlungen im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin halt und zeitigten das Ergebnis, daß durch Schiedsspruch für Januar eine Erhöhung der Böhne in der ersten Lohnwoche um 20 Proz., in der zweiten Lohnwoche um 25 Proz., in der 3. Lohnwoche um 35 Proz. und in der vierten Lohnwoche um 45 Proz. eintreten soll, wogegen die Forderung der Arbeiterschaft für die ersten beiden Lohnwochen des Monats Januar 50 Proz. und weitere 50 Proz. für die zweite Hälfte des genannten Monats betrug.

Nach am gleichen Abend in später Stunde tagten die Funktionäre der gesamten Industrie und lehten nach eingehender Erörterung aller Fragen den gefällten Schiedsspruch einstimmig ab. Am Sonnabend wird sich nunmehr eine Vollversammlung der Arbeitnehmer der gesamten Industrie mit der zurzeit bestehenden Lage beschäftigen und ihre Entscheidung fällen.

Der Streik in den Margarineneiederlagen beendet.

Nach zweitägigem Streik ist der Abwehrkampf der Transportarbeiter in den Margarineneiederlagen mit einem vollen Erfolg beendet worden. Die Unternehmer haben ihre Absicht, den Lohn abzubauen, aufgegeben und für die erste Hälfte des Monats Januar außerdem noch eine Lohnerrhöhung gewähren müssen. Ebenso ist ein Tarifvertrag für die gesamten Margarineneiederlagen abgeschlossen worden.

Durch die Geschlossenheit der Arbeitnehmer ist der Versuch, in einer der kapitalkräftigsten Industriegruppen mit dem Lohnabbau zu beginnen, vereitelt worden.

Januarlöhne für Kellerarbeiter.

Für die in den Weingroßhandlungen und Vorküchen beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer sind mit dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie und verwandter Gewerbe von Groß-Berlin G. B. für den Monat Januar neue Lohnvereinbarungen festgesetzt worden. Gefordert waren für die erste Hälfte des Monats 23 000 Mt. und für die zweite Hälfte 26 000 Mt. pro Woche. Nach eingehenden gegenseitigen Auseinandersetzungen sind für die erste Hälfte 25 Proz. und für die zweite Hälfte 37 1/2 Proz. zu den bestehenden Böhnen des Monats Dezember zugestanden worden.

In einer am gleichen Tage stattgehabten Funktionärerversammlung berichtete Liebenow vom Deutschen Verkehrsband, Abteilung Transportarbeiter, über das Ergebnis der Verhandlungen. In der sehr regen und sachlichen Aussprache wurden die Zugeständnisse mit Rücksicht auf die Verhältnisse als nicht befriedigend angesehen. Die Lohnkommission vertrat dagegen den Standpunkt, daß mehr, als bewilligt, im Moment nicht zu erreichen war und empfahl die Annahme der Vereinbarung. Ein Antrag, den neuen Vereinbarungen für den Monat Januar nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß, falls außerordentliche Verhältnisse die Wirtschaftslage der Arbeiterschaft beeinflussen sollten, für die zweite Hälfte des Monats ein Ausgleich verlangt werden muß, wurde angenommen. In diesem Sinne haben die Funktionäre alsdann nach eingehender Aussprache entschieden.

Gedruckte Vereinbarungen sind gegen Mitgliedsausweis im Verbandsbureau, Zimmer 28 und 31, zu haben.

Musikinstrumentenarbeiter. Sonnabend nachmittag 2 Uhr in der Brunnenstr. 20, Prenzlauer Allee 202, Mitgliederversammlung aller in der Berliner Musikinstrumentenindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Der Stand unserer Lebensbewegung. — Die Brandentzündung.

Deutscher Verkehrsband (Transportarbeiterverband), Belegschaftsversammlung Groß-Berlin. Dienstag abend 7 Uhr im Großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelsteiner Platz, allgemeine Funktionärerversammlung. Tagesordnung: 1. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Kämpfe und unsere Absichtsetzung gegenüber dem vereinigten Unternehmeramt. 2. Diskussion. 3. Mitteltunern und Erziehung wichtiger Verbändevorleserarbeiten. Mitgliederbuch und Funktionärerbücher dienen als Kassenbuch und sind am Sachleistung vorzulegen; ohne Legitimation kein Zutritt. In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung haben die Funktionäre aller Betriebe bestimmt und pünktlich zu erscheinen. — Die Belegschaftsversammlung.

Gewerkschaftsunterrichtsstunden, 18. Sep. Abend. Die Betriebschule beginnt am 20. Januar, abend 7 Uhr, im Belegsaal der 2. Gemeindefabrik. Allgemeiner Einführungskursus. Zur Teilnahme sind alle Interessenten zugelassen. Hörgelöbe 30 R.

Aus der Partei.

Der Hamburger Weisungskongreß.

Die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien wird in einer internationalen Konferenz unmittelbar vor dem Hamburger Kongreß zu den Beiträgen, die dem Kongreß vorgelegt werden, Stellung nehmen und auch über die nach den Statuten erforderliche Einwilligung zur Teilnahme an einem Kongreß, an dem auch andere internationale Organisationen vertreten sind, beschließen. Diese internationale Konferenz dürfte voraussichtlich am 18. Mai in Hamburg zusammentreten. Die endgültigen Bestimmungen darüber sowie über die Tagesordnung werden noch veröffentlicht werden.

M. SCHULMEISTER
 10 billige Tage Kottbuser Tor
 Herren-, Knaben- u. Jünglings-Kleidung
 vom 6. - 17. Januar.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Ecke 1. Strasse.

A. Wertheim Lebensmittel

Bratschollen	Soweit Vorrat	Frisches Fleisch	Soweit Vorrat	Brickäse Pfund 540M
Pfund 150M 250M				Limburger Pfund 720M
Dorsche ausgezogen Pfund 200M	Kalbskamm Pfd. 740M	Rinderkamm Pfd. 840M		Camembert . . . Schachtel 185M
Scharbenzungen Pfund 420M	Kalbsbrust Pfd. 740M	Rinderbrust Pfd. 840M		Karotten gedörrt Pfund 400M
Kaninchen gefr. Pfd. 490M	Kalbsnierenbraten Pfd. 800M	Roastbeef mit Knochen . . Pfd. 900M		Wirsingkohl gedörrt Pfund 600M
Hasen gestrellt u. ausgeworfen Pfund 880M	Kalbskeule ganz u. geteilt Pfd. 800M	Schmorfleisch mit Knochen Pfd. 920M		Gemüse gemischt, gedörrt . . Pfund 532M
	Suppenfleisch Pfd. 800M	Gehacktes Fleisch . Pfd. 900M		(1 Pfd. Dörrgemüse = ca. 8 Pfd. Frischgemüse)

Theaterkasse Wertheim Eintrittskarten für alle Berliner Theater und Konzerte. Verkauf für Staatsoper (Parkett u. II. Rang) an Reichsdeutsche u. Ausländer

Stadtverordnetenvorsteherwahl.

Wiederwahl Dr. Casparis. — Beschlussunfähigkeit.

Von der ersten Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre kann man sagen: „Das Jahr fängt „gut“ an!“ Auf eine vom Oberbürgermeister Böß vor der Tagesordnung abgegebene Erklärung zu dem Einmarsch der Franzosen in Essen antworteten die Kommunisten mit einem Skandal, den der Stadtverordnetenvorsteher Fabian durch sein zweifellos ungehöriges Verhalten noch verschlimmerte. Einen Gegensatz zu diesen üblen Ausbrüchen bildete die freundliche Rundgebung, die unserem 75jährigen Genossen Jubel bereitet wurde. Von der Tagesordnung, die nicht weniger als 75 Punkte umfaßte, konnte nicht mal der erste, die Bureauwahl, ganz erledigt werden. Die Wahl des Vorstehers brachte das Ergebnis, das die bürgerliche Presse im voraus frohlockend angekündigt hatte: Genosse Dr. Wenl, Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion, der weitaus größten in der Versammlung, unterlag dem von allen bürgerlichen Fraktionen unterstützten Dr. Caspari. Hiernach erklärte Genosse Heimann, daß die sozialdemokratische Fraktion sich nunmehr, wie im Vorjahr, überhaupt nicht an der Zusammenfassung des Bureaus beteiligen werde, und die Kommunisten schlossen sich uns an. Die Bürgerlichen mußten dann allein die weitere Bureauwahl erledigen, sie brachten aber nur noch die Wiederwahl des ersten Stellvertreters Fabian zustande. Schon bei der Wahl des zweiten Stellvertreters waren sie nicht mehr vollständig beisammen, so daß wegen Beschlussunfähigkeit die Sitzung abgebrochen werden mußte.

Unter dem Vorsitz des bisherigen Vorsteher-Stellvertreters Fabian begann gestern um 5 1/2 Uhr die konstituierende Sitzung mit folgender, von den Bürgerlichen stehend angehört:

Ansprache des Oberbürgermeisters Böß anlässlich der Ruhrbesetzung:

Die Bürgerlichkeit und die städtischen Körperschaften stehen heute ganz unter dem Eindruck der neuen Gewalttat, durch welche wiederum in deutsches Gebiet eingebrungen und die Stadt Essen besetzt worden ist. Enttäuschung, Schmerz und Sorge erfüllen uns alle. In den Laren der öffentlichen Gebäude in Frankreich stehen die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ als Wahlspruch der Revolution von 1789 und der Republik, und „Menschlichkeit“ ist ein Wort, das der Franzose fast gewohnheitsmäßig im Munde führt. Richtig: Worte, nicht als Worte! Neues Gland, neue Rot soll in unser Volk hineingetragen werden, in unser Volk, das nur Frieden, Arbeit und Brot will. Fluch denen, die den Frieden nach schwerer Kriegszeit uns nicht gönnen, Fluch denen, die uns die Arbeit entziehen wollen, Fluch denen, die uns das Brot nicht gönnen! (Zuruf bei den Kommunisten: „Fluch denen, die daran schuld sind!) Wir reichen den Brüdern die Hand und rufen ihnen zu: „Haltet aus! Bleibt uns treu! Wir sind Euch treu!“ (Lebhafte Beifall, Gegenrufe bei den Kommunisten.)

Indem Herr Fabian hierauf dem Kommunisten Dr. Rosenberg des Wort erteilt, bittet er zugleich die Versammlung, die zu erwartende Erklärung mit Stille aufzunehmen und dadurch auszuweisen, daß die Redezeit dieser Erklärung kein Gewicht beilegt. (Großer Beifall bei den Kommunisten; Rufe: „Runter von der Tribüne! Ihr Schurken da vorne! Schurken seid Ihr!“)

Dr. Rosenberga (Komm.) erklärt, daß die Kommunisten die französische Gewalttat auf das schärfste verurteilen, daß aber auch der deutschen Bourgeoisie der schärfste Kampf angefaßt werden müsse und daß die Regierung Guno durch eine Arbeiterregierung ersetzt werden müsse. Dörr (Komm.) legte gegen das Vorgehen des Vorsteher-Stellvertreters Fabian unter großer Unruhe der Versammlung Protest ein. Der Stadverordnete Schumacher (Komm.) verlißt, dem Vorsteher die Glocke fortzunehmen.

Genosse Heimann erklärt das Verfahren Fabians für absolut ungehörig, bittet aber die Kommunisten, angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung ihren Widerstand aufzugeben.

Schumacher nimmt von dieser Erklärung Kenntnis, fragt aber, ob die anderen Fraktionen sich einen solchen Diktator wie Fabian gefallen lassen wollen.

Fabian: Ich bin mir bei meinen Worten wohl bewußt, daß

mein Verfahren nicht den Gepflogenheiten entspricht. Es gibt aber Situationen, wo man sich tatsächlich nicht genau an jeden Punkt der Geschäftsordnungsvorschriften halten kann, namentlich nachdem schon im Vorkommnis durch das Verhalten der Kommunisten die Abgabe einer Erklärung im Namen der Gesamtheit unmöglich gemacht worden ist. — Dörr bezeichnet diese Angabe als nicht der Wahrheit entsprechend. Was Herr Fabian sich geleistet, sei eine Unverschämtheit gewesen, wie sie nur in dieser Versammlung sich ein Vorsteher leisten könne.

Hierauf soll zur

Wahl des Vorstehers

geschritten werden.

Heimann (Soz.) bringt nach einem eingehenden und erschöpfenden Rückblick auf die Vorgänge bei den früheren Vorsteherwahlen seit der Neuwahl der Versammlung als Kandidaten namens der jetzt erheblich mehr als ein Drittel der Versammlung zählenden sozialdemokratischen Fraktion Dr. Wenl in Vorschlag. Nicht nur sei die Fraktion die weitaus stärkste des Hauses; es sei auch Dr. Wenl den bürgerlichen Fraktionen rechtzeitig präsentiert worden und er sei eins der bekanntesten und tätigsten Mitglieder. Die bürgerlichen Fraktionen seien bei der Führung der Geschäfte unbedingt auch auf die Unterstützung der Linken angewiesen. Wenn auch die Sozialdemokraten nicht jedes Wort unterschreiben würden, was der Oberbürgermeister vorhin gesprochen, so sei man doch darin durchaus einig, daß Deutschland jetzt Zeiten entgegengehe, so schwer und gefährdend, wie nie bisher; wäre es in solcher Situation wirklich rätlich, den Anspruch einer so starken Fraktion wiederum abzuweisen? Selbstverständlich würde in diesem Falle die Fraktion sich an der Bureauwahl nicht weiter beteiligen.

Von Ennern (D. Vp.) entgegnet, daß der kraft des Rechts der stärksten Fraktion Erhebung Anspruch kein diktatorischer ist, daß auch keine unbedingte Tradition in diesem Punkte bestehe, daß es sich im wesentlichen doch um ein Vertrauensamt handle und daß man den Bürgerlichen jetzt wie früher nicht genügend entgegengekommen sei, sondern bloß die Kommerz mitteilt habe. Ob Dr. Wenls Tätigkeit geeignet gewesen, ihm das Vertrauen auch anderer Fraktionen zu verschaffen, dürfe bezweifelt werden. — Namens der sämtlichen nichtsozialistischen Fraktion empfiehlt er die Wiederwahl des bewährten Vorstehers Dr. Caspari.

Bei der Zettelwahl werden 216 Stimmzettel abgegeben. Ein Zettel ist unbeschrieben, von den 215 gültigen lauten 114 auf Dr. Caspari, 101 auf Dr. Wenl.

Dr. Caspari ist wiedergewählt.

nimmt die Wahl dankend an und richtet an alle Teile des Hauses die Bitte, zur Förderung der Geschäfte einig zusammenzusehen. Das Berliner Gemeinwesen werde bedrängt von Sorgen, und die Dinge, die sich jetzt im Rheinlande ereigneten, würden auch auf Berlin und seine Bevölkerung ihre Rückwirkung üben.

Dann begrüßwünschte der Vorsteher den

75jährigen Genossen Jubel

namens der Versammlung. Er habe seit 1890 der Stadtvertretung angehört und sich stets als einer der eifrigsten und fleißigsten Mitglieder, daneben auch als einer der Streikbarsten bewährt. Auf diese Ansprache, die die Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßte, erwiderte Genosse Jubel mit herzlichem Dank für die freundlichen Worte des Vorstehers. Vor 33 Jahren sei er in die Versammlung eingetreten; auch ein städtisches Gemeinwesen lasse sich ohne Kämpfe nicht durchführen noch ausbauen, und eine Kampfnatur sei er gewesen und werde er auch wohl bleiben. Auch an die Versammlung selbst richtete er dann Worte des Dankes. Genosse Heimann erklärte nunmehr in aller Form, daß nach dem Ausgang der Vorsteherwahl die sozialdemokratische Fraktion von der Beteiligung an der weiteren Bureauwahl absehe. Dörr gab für die Kommunisten die gleiche Erklärung ab, protestierte nochmals speziell gegen die Wiederwahl Fabians und kündigte an, daß die Kommunisten dem Präsidium nicht bloß mit äußerstem Mißtrauen begegnen, sondern ihm auch die äußersten Schwierigkeiten bereiten werden. Fabian (Dnall.) bezog sich zur Erklärung für sein Verfahren auf

seine Eigenschaft als geborener Duisburger. Duisburg habe schon Jahr und Tag die französische Vergewaltigung über sich ergehen lassen müssen.

Dem Vorschlag des Herrn v. Ennern, die drei Stellvertreter in einem Wahlgang zu wählen, widersprechen die Kommunisten. Es muß in drei Wahlgängen gewählt werden. Fabian wird mit 104 von 108 gültigen Stimmen wiedergewählt: 1 Stimme erhält Dove (Dem.), 1 Richard Runge, 8 Zettel sind weiß.

Bei der Wahl des zweiten Stellvertreters (zur Wiederwahl vorgeschlagen Dr. Meyer) werden nur 111 Zettel abgegeben, während die absolute Mehrheit 113 beträgt. Die Wahl ist ungültig, da Beschlussunfähigkeit eingetreten ist und die Sitzung muß abgebrochen werden, was der Vorsteher Dr. Caspari mit großem Bedauern bekannt gibt. Schluß 1/8 Uhr.

Die „Saison“.

Es gibt so mancherlei Sorgen für mancherlei Leute, von denen untereinander keine Ahnung hat. Weder von diesen Sorgen, noch von diesen Leuten. Jetzt zum Beispiel sind wir mitten drin in der Wodbiertafel, und niemand, der auch nur einen Schimmer von den Reizen der Zeit hat, wird leugnen wollen, daß alles dieses eine sehr wichtige Angelegenheit ist. Auf allen Straßen sieht man die Wagen der Brautereien mit den laubumkränzten Plakaten, auf denen ein Ziegenbock voller Behagen Bier trinkt. Jeder, der etwas auf sich hält und Anspruch auf den Ehrentitel moderner Mensch macht, muß jetzt natürlich Wodbiert trinken, den Becher für 300 M. Es gibt Wodbiertafel mit Musik und Almbaum und bunten Kappen aus Papier, das Stück für 50 M., die man sich über den Kopf streift und die nachher ein lieber Nachbar mit dem Streichholz in Brand steckt, so daß die Paare in Flammen aufgehn. Mit einem Wort, man ist eben „karmlos lustig“. Nach alter guter deutscher Sitte wird bei diesen Unterhaltungen auch gefungen: „Verkauft mir unter Oma ihr klein Hänschen, ihr klein Hänschen...“ und andere innige und sinnige Dichtchen, wodurch die Lust am Gesang und am echten, rechten Volkslied wertvoll und wesentlich gefördert wird. Die Wodbiertafel und die Wodbiertafel haben also auch unbestreitbar eine erzieherische Wirkung!

Und mit den Wodbiertafeln paart sich lieblich die Saison der Wälle der vornehmen Welt in feinen Salons, Eintrittskarte 2000 und 3000 M., die Flasche Wein 5000 M., ein Abendessen 5000 M. Wer aber wissen will, wie der neueste und modernste Schnitt des Fracks aussieht, ob die Wollkleider lange oder kurze Schleppe haben, Dinge, die gerade in der heutigen Zeit jedem „besseren“ Menschen zu wissen nützlich, der muß diese Wälle besuchen.

Wie lange noch und man feiert geblühend Faschnacht mit Pfannkuchen, das Stück 120 M. und Mastenbälle, und dann endlich kommt als würdiges Schlußstück der Winterferien eine Reise nach dem Süden, d. h. falls uns dann noch Kohlen bleiben sollten, um die Lokomotiven zu heizen.

Von der Rot des Landes lesen jene erdittert, voll Galle bis an den Hals geladen, in den Zeitungen, auf daß ihnen das gute Bier in fröhlicher Gesellschaft umso besser schmeckt.

Die Wut gegen die BBZ.

Der Kampf des privaten Kohlenhandels gegen die gemeinnützige Berliner Brennstoffzentrale, die durch ihren Wettbewerb den Händlerprofit zu schmälern droht, ist im „Vorwärts“ mehrfach beleuchtet worden. Eine Händlerorganisation hatte vor einigen Tagen die Vertreter der Presse (mit Ausschluß des „Vorwärts“) zu einer Besprechung um sich versammelt, um gegen die BBZ und ihren ersten Geschäftsführer Kullisch heftige Angriffe zu richten. Auf sie antwortete gestern Herr Kullisch in einer von ihm veranstalteten Besprechung mit Pressevertretern, zu der er auch Vertreter von Händlerorganisationen eingeladen hatte.

Zu dem Vorwurf, daß nach dem Kriege ein bisher von der Stadt bewirtschafteter Kohlenplatz samt Inventar einem Bewandten des Herrn Kullisch unter vorteilhaften Bedingungen überlassen worden sei, erklärte er, dieser Platz sei vorher einem Händlerverband verpachtet angeboten und dann nicht durch Kullisch, sondern durch den zweiten Geschäftsführer nach Entscheidung des Ausschusses zu dem durch einen Sachverständigen abgeschätzten Inventarpreis jenem Bewerber gegeben worden. In der Debatte zeigte sich Herr Kullisch

(Nachdruck verboten. Der Volk-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

8] Nein, aber das war es ja nicht, an was er denken wollte. Er war so voll von sich selbst. Auf jeden Fall mußte er sich selbst vergessen. Immer, seit seinem ersten Studienjahr schien es ihm, als ob er nichts getan habe, als an sich selbst denken, über sich selbst sprechen.

Endlich, auf dem tiefsten Grunde der Demütigung, der Sklaverei, war die größte Möglichkeit des Vergessens und des Aufbaues eines neuen Lebens, aus realen Dingen diesmal, aus Arbeit und Kameradschaft und Verachtung; Verachtung, Ignominie, das brauchte er. Eine phantastische Welt war es, in die er plötzlich gefallen war. Sein Leben vorher schien ein Traum aus einem Roman, ein Gemälde, das er in irgendeinem Schaufenster gesehen hatte. Es war so ganz anders; war es wirklich in derselben Welt? Es schien ihm, als sei er gestorben, ohne es zu wissen und neugeboren, in einer neuen, fürchterlichen Hölle.

Als Kind hatte er in einem alten Hause gewohnt, das unter Eichen und Kastanien stand, neben einer Waldstraße, wo keine Karren und Ochsenwagen nur selten vorbeikamen und Spuren im Sande hinterließen. So viele Träume hatte er gehabt unter dem Myrtenbusch am Ende des überwachsenen Gartens; die langen Nachmittage in Virginia, wie waren sie schön. Dort konnte er an die Welt denken, in der er leben werde, wenn er einmal erwachsen wäre.

Er hatte so viele Leben für sich geplant; er wollte General werden wie Cäsar, die Welt erobern und in einer großen Marmorhalle ermordet sterben. Er wollte ein wandernder Sänger werden und alle Länder singend durchwandern und viele endlose, verworrene Abenteuer durchmachen; er sah sich als großen Musiker spielend an einem Klavier sitzen, wie Chopin auf dem Bilde, während wunderschöne Frauen weinend saßen und Männer mit langsam, lockigem Haar die Gesichter in ihren Händen verbargen. Nur Sklaverei hatte er nicht vorausgesehen. Dazu hatte seine Rasse zu viele Jahrhunderte hindurch geherrscht. Und doch war die Welt nur zusammengesetzt aus Variationen von Sklavereien.

John Andrews lag auf dem Rücken in seinem Lager, während alles um ihn herum schlief und schnarchte in den

dunklen Baracken. Ein dunkler Schrecken hielt ihn gepackt. In einer einzigen Woche war das große Gebäude seiner romantischen Welt voller Farben und Harmonien, das stärker und dauerhafter gewesen war als die Schul- und Universitätszeit und als das Hin- und Hergestohensein im Kampf um die Existenz in New York, wie Staub in sich zusammengefallen. „Wie dumm!“ dachte er. „Dies ist doch die Welt, wie sie der Wehrzahl der Menschen erscheint. Dies ist nur der untere Teil der Pyramide.“

Er dachte an seine Freunde, an Fuselli und Chrisfield und den komischen kleinen Kerl, Eisenstein. Die schienen sich zu Hause zu fühlen in diesem Armeeleben. Die schienen durchaus nicht erschrocken zu sein über den Verlust ihrer Freiheit. Denn sie hatten ja auch nie im Glanze jener anderen Welt gelebt. Doch wenn er auch wollte, er konnte keine Verachtung gegen sie fühlen. Er dachte an sie, wie sie unter dem Kommando des Mannes sangen:

„Heil, heil, wir sind die Soldaten,
Wir werden uns den Kaiser holen,
Wir werden uns den Kaiser holen,
Wir werden uns den Kaiser holen!“

Er dachte an sich selbst und an Chrisfield, wie sie die abgebrannten Zigaretten aufsaugten und an das endlose Tramp, Tramp der Füße auf dem Exerzierplatz. Wo war die Verbindung? War das alles Irrsinn? Sie kamen aus so verschiedenen Welten, all diese Männer, die um ihn herum schlichen, um in dieser Sache vereint zu werden. Was dachten sie darüber, alle diese Schläfer? Hatten nicht auch sie Träume gehabt, als sie Knaben waren? Oder hatte die Generation vor ihnen sie nur für dies vorbereitet?

Er dachte an sich selbst, wie er unter dem Myrtenbusch lag während des heißen, dröhnenden Nachmittags und die blauen Blumen im trockenen Gras beobachtete, und fühlte, in seine warmen Decken eingehüllt wieder, wie die Glieder sich in dem Wunsche strafften, frei und ohne Zwang durch eine neue, freie, kühne Luft zu stürzen. Plötzlich überdeckte Dunkelheit sein Bewußtsein.

Mit einem Ruck wachte er auf. Das Horn tönte draußen. „Aufstehen!“ schrie der Sergeant.

4.

Die Sterne standen klar am Himmel, als Fuselli aus den Baracken stolperte, die Augen noch stehend vor Schlaf. Wie

kleine, glänzende Flocken zitterten die Sterne in dem Dunkel des Himmels.

„Weiß jemand, wo das elektrische Licht angebracht wird?“ fragte der Sergeant gutgelaunt. Das Licht über der Tür der Baracken flimmte auf und ließ einen kleinen, runden, lustigen Mann mit kleinem, gelbem Schnurrbart und einer Zigarette, die ihm zum Munde herausging, sehen. Um ihn herum gruppiert saßen Leute aus der Kompanie, in Mänteln und Mützen.

„Alles in Ordnung, Aufmarschieren, Leute!“

Man sah Fuselli einigermassen neugierig an, da er gerade die Nacht vorher in diese Kompanie versetzt worden war.

„Achtung!“ schrie der Sergeant, dann zog er die Augenbrauen zusammen und starrte lange auf das Stück Papier, das er in der Hand hielt, während die Leute ihn neugierig beobachteten. „Antwortet, wenn Euer Name aufgerufen wird.“ „Ansbach!“

„Hier!“

Gleichzeitig konnte man draußen in den anderen Baracken bei anderen Kompanien dasselbe hören. Irgendwo vom Ende der Straße her kamen Hochrufe.

„Nun, Leute, ich kann Euch jetzt erzählen,“ sagte der Sergeant mit einem Ausdruck besonderer Unwissenheit, nachdem er den letzten Namen aufgerufen hatte, „wir gehen hinüber.“

„Alles in Ordnung, Aufmarschieren, Leute!“

„Haltet Maul! Die Hunnen sollen uns wohl hören, was?“

Die Kompanie lachte, auf dem runden Gesicht des Sergeanten lagerte sich ein breites Grinsen ab.

„Da scheint Ihr ja einen ganz anständigen Bonzen zu haben,“ flüsterte Fuselli seinem Nebenmann zu.

„Da kannst du dich drauf verlassen. Der ist 'ne feine Marke,“ sagte der andere in einem Tone tiefer Ehrfurcht. „'ne gute Kompanie, kann ich dir sagen.“

Plötzlich erschien der Leutnant in dem Lichtkreis vor den Baracken. Es war ein Junge mit rosigem Gesicht. Sein etwas zu großer Kopf war sehr neu und stand ihm steif von den Seiten ab.

„Alles in Ordnung, Sergeant? Alles in Ordnung?“ fragte er verschiedene Male.

„Zu Befehl!“ antwortete der Sergeant. „Sehr gut. Werde Ihnen in einer Minute den Marschbefehl mitteilen.“ (Fortsetzung folgt.)

Bolschewistische Geheimpolizei.

Ein Zeitfaden für kommunistische Lockspiegel.

Das illegale Organ des sozialdemokratischen Parteikomitees in Odesa veröffentlichte Auszüge aus einer Schrift, die von der bolschewistischen Zentrale „völlig geheim“ herausgegeben worden ist. Diese Schrift behandelt die „Praxis der Odesaer Tscheka“ für das Jahr 1922 und enthält eine Reihe von Abschnitten, die den inneren Betrieb und die Aufgaben der bolschewistischen Geheimpolizei grell beschreiben. Besonders beachtenswert sind jene Abschnitte, die die Praxis der bolschewistischen Lockspiegel schildern. Aus dem Inhalt dieser geheimen Denkschrift geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß das Lockspiegelwesen in Sowjetrußland einen ungeheuerlichen Umfang angenommen hat und weit schlimmer geworden ist, als dies je in den Zeiten des Faschismus der Fall war.

Die Verfasser der Schrift weisen darauf hin, daß die Tscheka sich vor die Notwendigkeit gestellt sah, ihre „Informatoren“, das heißt Spitzel, in jeder der nichtbolschewistischen Gruppen und Parteien zu haben. Das von den Spitzeln beschaffte Material dient den leitenden Kreisen der Tscheka als Grundlage für die genaue „Durchleuchtung“ aller politischen Gruppen, die in aktiver oder passiver Opposition zur Sowjetregierung stehen. Alle irgendwie in Frage kommenden Personen werden genau beobachtet, charakterisiert und registriert. Besonders wichtig ist die Kenntnis der Stimmungen und Strömungen in den Betrieben. Zu diesem Zweck hat die Tscheka in allen Betrieben, Institutionen und Truppenteilen ein Netz von „Informatoren“ geschaffen. Die auf diesem Wege beschafften Informationen gestalten mit genügender Deutlichkeit die Stimmung der Arbeiter und Angestellten der betreffenden Institutionen und Betriebe kennenzulernen.

Von außerordentlichem Interesse ist der Hinweis der amtlichen Schrift, daß bei dem Ausbau der kommunistischen Spionageabteilungen die Erfahrungen der zaristischen Geheimpolizei wie auch der westeuropäischen politischen Polizei berücksichtigt und ausgenutzt worden sind. Nicht minder interessant ist die Klage, daß die Odesaer Arbeiter der Tätigkeit der Tscheka nicht das nötige „Verständnis“ entgegenbrachten. „Der Odesaer Proletarier — heißt es in der Schrift — war infolge einer Reihe objektiver Verhältnisse von einem kleinbürgerlichen Geist angesteckt und begriff die Aufgaben der Tscheka nicht. Mehr noch, bei vielen Proletariern herrschte die Ansicht vor, daß sie mit der Tscheka nichts zu tun haben dürften.“

In Anbetracht dieser ablehnenden Haltung der Arbeiter sah sich die arme Tscheka gezwungen, ihre Agenten in anderen Bevölkerungsschichten anzuwerben. Dies gelang ihr auch, da sie sich in ihrer Denkschrift sehr bescheiden über jene „Kommunisten“ äußert, die sich in ihren Diensten gestellt hatten. Von besonderem Interesse ist nun die Art und Weise, wie die Tscheka ihren Lockspiegelbetrieb aufmachte. Es heißt darüber in der Schrift:

„Man mußte in die sozialfeindlichen Parteien die eigenen Leute hineinbringen, die genügend weit vordringen und ihre Aufmerksamkeit auf alle Seiten der antibolschewistischen Arbeit zu lenken vermochten. Die innere Spionagetätigkeit in den Sowjetinstitutionen wurde unter dem Gesichtspunkt geführt, daß alle Personen, die bei irgendeinem Unisverbrechen beteiligt waren, von dem Reich der Beobachtung umspannen waren. Die Agenten der Spionageabteilung suchten alle Teilnehmer des Verbrechens, beginnend mit dem Führer bis zu den untergeordneten Teilnehmern, in ihre Hand zu bekommen. Sehr oft nahmen sie selbst, zumweilen an führender Stelle, aktiv an dem Verbrechen teil. Unter den obwaltenden Verhältnissen mußte man an dem Verbrechen teilnehmen, um das Vertrauen der in Frage kommenden Personen zu erwerben. Nur eine solche Methode gab dem Agenten der Spionageabteilung die Möglichkeit, die ihm auftragene Aufgabe zu erfüllen. Die Praxis der Spionageabteilung in dieser Richtung ergab ziemlich bedeutende Resultate. Mitarbeiter der Spionageabteilung drangen in die feindliche Organisation ein und führten ihr neue Mitglieder zu, die dieser Organisation tatsächlich ergeben waren. Dank dem Vertrauen, das der Mitarbeiter bei den führenden Personen der Organisation genoss, erwiesen sich fast alle Fäden im nötigen Augenblick in den Händen der Spionageabteilung, die alle in Frage kommenden Personen festnahm, um sie aus ihren Privatwohnungen nach dem Gefängnis zu schaffen.“

Die hier wiedergegebenen Auszüge genügen wohl, um nicht nur die Spionagemethoden, sondern auch die Psychologie jener halunken Kennenzulernen, die unter der Maske des Kommunismus die schandwürdige Arbeit der alten zaristischen Spitzel fortsetzen. Wäre der Kfel packt einen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie diese Gesellschaft, im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Macht, die Revolution befördert und die Ideen des Sozialismus und Kommunismus kompromittiert. Mögen auch einzelne sich gulgläubig in den Dienst dieser Organisation gestellt haben, ihr Wesen ist so verabscheuungswürdig und verächtlich, ihre Tätigkeit so verderblich und korrumptierend, daß man im allgemeinen Interesse nur wünschen kann, daß sie so schnell wie möglich vom Erdboden verschwindet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bratensches Kultur-Karteil Berlin-Brandenburg. Am Sonnabend, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, beginnt in der Schule, Eispstr. 24, ein Kurium mit dem Thema: „Das Proletariat und die bürgerliche Kultur.“
Deutscher Reichsbund, C. P. Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Kala des Berner-Siemens-Gemischts. Vedenhaufenstr. 43/44, Vortrag des Herrn Dr. Günther Juch: „Der heutige Stand der Wissenschaft“, mit Lichtbildern.

Wirtschaft

Banken gegen Depotzwang.

In einer ausführlichen Darlegung protestieren die Spitzenverbände der Banken, Spar- und Genossenschaftskassen gegen den jetzt von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, der den Depotzwang für festverzinsliche Papiere aufhebt und die Auskunftsfrist der Banken gegenüber den Steuerbehörden insofern einschränkt, als von der Einreichung von Kundenverzeichnissen an die Steuerbehörden fortan abgesehen werden soll. Wie bisher, so behaupten die Banken auch jetzt, daß in der Hauptsache die Steuergeschgebung an dem Rückgang der Einlagen und an der Geldhamsterei schuld sei und verlangen weitergehende Erleichterungen.

Diese Beweisführung trifft nicht den Kern der Sache. Wenn die Banken nur in annähernd gleichem Ausmaße die Zinsen, die sie an ihre Einleger zahlen, erhöhen würden, wie sie ihre Provisionen und Darlehenszinsen erhöht haben, so würde die Geldhamsterei sehr bald aufhören. Wenn man freilich 3 bis 4 Proz. Zinsen gibt, aber 40 bis 60 Proz. an Zinsen und Provisionen vom Schuldner fordert, so braucht man sich nicht zu wundern, daß den Banken kein Geld zufließt.

So wenig die Arbeiterschaft ein Interesse daran hat, überflüssige Hemmnisse des Kapitalverkehrs aufrechtzuerhalten, so sehr muß sie darauf bestehen, daß die gegen Kapitalflucht und Steuerhinterziehung notwendigen Maßnahmen beibehalten, ja selbst verschärft werden. Es ist ein unerhörter Zustand, wenn heute die Arbeiterschaft mit den noch zahlungsschwächeren Kreisen der enteigneten Kleinrentner die Hauptlast der Steuern trägt. Will man die aus steuerrechtlichen Gründen notwendige Kontrolle des Kapitalverkehrs beseitigen, so müßten andere Vorkehrungen zur Sicherstellung des Steuereinganges von den Besitzern gemacht werden. Davon will man jedoch nichts hören.

Bezeichnenderweise können die Banken sich auch in diesem Falle darauf berufen, daß sie in ihrer Stellungnahme mit dem Reichsbankdirektorium durchaus einig sind. Das ist für die Reichsbank der Deutschen Republik keine Ehre.

Der Brotkorb als Köder.

Wie von der Auslandspresse angekündigt wurde, beabsichtigt Frankreich der Bevölkerung des neu besetzten Ruhrgebiets den Bruch des Pariser Vertrages dadurch schmachtloser zu machen, daß es die Bevölkerung, ebenso wie das bisher im altbesetzten Gebiet geschehen sein soll, mit Nahrungsmitteln zu versorgen beabsichtigt, die billiger wären als im übrigen Deutschland. Die französische Besatzungsarmee wird mit dieser „Beglückung“ der Ruhrbevölkerung keinen sonderlich großen Erfolg haben; stehen der französischen Mittelung von den „billigen Lebensmitteln im Rheinland“ doch zu offenkundige Tauschen entgegen. Wie die Dinge in Wirklichkeit aussehen, d. h. wie sehr gerade das Gegenteil der Fall ist, ergibt sich aus der folgenden Aufstellung über die Kosten wichtiger Lebensmittel im Dezember 1922 im besetzten und unbesetzten Gebiet:

Im Dezember 1922 kosteten:		
	Kartoffeln	Rindfleisch
im Durchschnitt des Reiches	18 M.	1066 M. für das Kilogramm
in Köln	24	1200
in Aachen	28	1468
in Worms	20	1120
Nicht anders ist das Verhältnis bei Milch und Fettwaren.		
Von ihnen kosten		
	Butter	Milch
im Durchschnitt des Reiches	8318 M. je Kilogramm	167 M. je Liter
in Köln	8600	172
in Aachen	8918	170
in Worms	8000	200

Entsprechend sind natürlich auch die allgemeinen Teuerungszahlen für die Ernährung, d. h. die Beträge in Mark, welche für die in der Reichsteuerstatistik festgesetzte Normalration monatlich aufzuwenden sind, wesentlich höher im besetzten Gebiet als im übrigen Reich, wie aus der folgenden Aufstellung eindeutig hervorgeht:

	im Durchschnitt des Reiches	47 162 M.
in Köln	49 665	
in Aachen	62 493	
in Worms	48 081	

Es stellten sich im Dezember die allgemeinen Teuerungszahlen für die Ernährung

Die Lebenshaltung ist also im besetzten Gebiet wesentlich teurer als im übrigen Reich. Dabei ist auch im besetzten Rheinland seit Jahren eine Postrennungspoganda im Gange, die von Frankreich geschürt wird, und die ebenfalls besser mit Versprechungen als mit Taten aufzuwarfen weiß. Das ist kein Wunder. Die Anwesenheit von Gebrauchsgegenständen und meist recht geschäftstüchtigen Soldaten genügt schon allein, die Preise in die Höhe zu treiben. Sollte man von Frankreich aus dieser Tendenz entgegenzutreten, so müßte man Unsummen zur Verbilligung von Lebensmitteln auswerfen, die aus den „produktiven Pfändern“ sehr bald Zuzuhgebiete für den französischen Staatsfiskus machen würden. Dem aber kann Frankreich sich nicht aussetzen, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil es ihm jetzt darauf ankommt

wird, vor der Welt den Beweis zu führen, daß die Befehung des Ruhrgebiets Einnahmen für den französischen Staat bringt. Geht das nicht — und es wird zweifellos mindestens auf die Dauer nicht gelingen —, so ist das der Bankrott der Politik des Bloc national. Für den, der sehen will, ist er durch die „Erfolge“ der französischen Preispolitik am Rhein und an der Saar bereits deutlich sichtbar.

So der Tatbestand. Im übrigen wird die Zumutung, daß deutsche Arbeiter sich durch Restameschinken und Weißbrot für eine Billigung der französischen Pfänderpolitik und des fortgesetzten Vertragsbruchs bereit finden sollen, bald genug von der Ruhrarbeiterschaft selbst gebührend gewürdigt werden.

Neue gewaltige Kohlenpreiserhöhung.

Die Rot des Volkes steigt, die Verbände erhöhen ruhig weiter ihre Preise. B.Z. meldet:

Am Anschließ an das Ergebnis der letztjährigen Lohnverhandlungen müssen die Organe der Kohlenwirtschaft heute in neue Kohlenpreiserhöhungen eintreten. Die Preiserhöhungsanträge umfaßten im allgemeinen einen Aufschlag von 50 Prozent zu den bisher geltenden Nettopreisen (während die Lohnerhöhungen ab 12. Januar etwa 68 Proz. gegenüber Dezember betragen), zuzüglich einer Abgeltung der für die erste Dekade des Januar bereits eingetretenen Lohnerhöhung, wozu dann noch für die besetzten rheinischen Gebiete ein besonderer Zuschlag für die infolge der Befehung zu erwartenden wirtschaftlichen Erschwerungen zugestanden werden mußte. Diese beiden letzteren Posten sollen bei der nächsten Preiserhöhung berücksichtigt werden bzw. wieder einfließen.

Dementsprechend betragen die Preiserhöhungen netto für Rheinland-Westfalen 10185 Mark je Tonne Feinfeinkohle, für die übrigen Reviere durchschnittlich: Niederschlesien 10327 Mark, Sächsen 11820 Mark, Aachen-Gebiet 12416 Mark, Aachen-Rordstern 13278 Mark, Niedersachsen-Vorlinghausen 10850 Mark, desgleichen Obdenbüren 9871 Mark, rheinische Braunkohle: Kohlföhle 1555 Mark, desgleichen Brilleits 5511 Mark, mitteldeutsche Reviere: Kohlföhle 2452 Mark, desgleichen Brilleits 6432 Mark.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums betonte die durch zahlreiche Eingaben der Kohlenverbraucher belegten Bedenken, die bei der jetzigen Wirtschaftslage einer Kohlenpreiserhöhung entgegenstünden. Er gab jedoch die Erklärung ab, daß das Reichswirtschaftsministerium trotz Würdigung dieser Schwierigkeiten von seinem Betorecht keinen Gebrauch machen werde, weil die geforderten Beträge zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig seien. Die Preiserhöhungen treten also mit Wirkung ab 12. Januar in Kraft.

Eingangs der Sitzung legte der Vorsitzende unter allseitiger Zustimmung energisch Protest ein gegen die rechtswidrige den Bergbau schwer gefährdende Befehung des Ruhrreviers, und Herr Direktor Wallmichlich berichtete dann eingehend über den Verlauf der Pariser Kohlenverhandlungen.

Ein unverständlicher Beschluß. Im Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung des Reichswirtschaftsrats wurde mit 8 gegen 6 Stimmen ein Antrag angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, der Trennhandverwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen 10 Millionen Gulden aus dem holländischen Lebensmittelkredit zur Verfügung zu stellen und diese Mittel zur Sicherstellung der Fett- und Kraftfuttermittelversorgung durch Gewährung von Krediten für die Einfuhr von Deisaaten und Sädfrächten zu verwenden. — Der Beschluß ist unverständlich. Aus dem deutsch-niederländischen Kreditabkommen steht nur ein verhältnismäßig geringer Betrag zur Einfuhr von Lebensmitteln zur Verfügung. Der aber sollte gerade jetzt lieber zur Besseren Versorgung der Verbraucher, als des Viehs verwendet werden, das doch nur für die Rinderbrenntellen unerschwinglich teure Milch liefert. Die Landwirtschaft hat durch die Aufnahme von Roggenanleihen bewiesen, daß sie selbst zahlungsfähig genug ist, um Galtansschulden einzugehen. Braucht sie Kredite, so mag sie sie mit ihren eigenen Kreditquellen, nicht mit denen des verbrauchenden Volkes suchen.

Erhöhung der Zölle. Für die Zeit vom 17. bis einschließlich 23. Januar 1923 beträgt das Goldzollaufgeld 184 900 Proz. (bisher 189 900 Proz.).

Kein Eingriff in das Hypothekensystem. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Aus weiten Bevölkerungskreisen geht der Reichsregierung dauernd eine Fülle von Anregungen zu, die die Geldentwertung bei Rückzahlung von Schulden der verschiedensten Art, insbesondere bei Hypotheken, berücksichtigt sehen wollen. Dabei wird u. a. der Erlaß gesetzlicher Vorschriften befürwortet, durch die die Rückzahlung der Hypotheken an die Zustimmung der Gläubiger gebunden werden soll. Die Reichsregierung, die diese Anregung unter Berücksichtigung des übermittelten Materials eingehend geprüft hat, ist zu der Auffassung gelangt, daß gesetzliche Eingriffe abzulehnen seien, zumal eine Aufwertung der geschuldeten Beträge, und zwar sowohl des Kapitals als auch der Zinsen nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kursstabelle sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen abgibt 14,68 Geld, 14,95 Brief; 1 ungarische Krone 3,97 Geld, 3,99 Brief; 1 bulgarische Lema 65,85 Geld, 66,17 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 107,23 Geld, 107,77 Brief. — 100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 50 Mark.

Freundliche Einladung an alle Brillenbedürftigen.

Hiermit bitten wir höflichst um Ihren werten Besuch. Jede, selbst die gute Ruhnke-Fassung leidet im Gebrauch. Schrauben und Gläser lockern sich, die Feder läßt nach, der Steg verschmutzt und anderes. Solche Mängel müssen beseitigt werden, ehe kostspielige Reparaturen daraus entstehen. Lassen Sie Ihre Riese und Brillen mit gleicher Sorgfalt pflegen wie Ihre Kleidung, die Sie doch auch regelmäßig reinigen und bessern lassen. Beginnen Sie noch heute damit, besuchen Sie eines unserer

Geschäfte, dann werden Sie Ihre Freude haben an dem korrekten Sitz, dem eleganten Aussehen Ihrer Riese usw.

Wer bereits im Besitz und Genuß der Ruhnke-Garantie ist, hat diese Pflege zu verlangen und noch mehr, wie kostenlosen Ersatz der zerbrochenen Metallteile der Gold- und Double-Fassungen.

Sie sind uns ebenso herzlich willkommen, denn wir halten uns zur Pflege sämtlicher Augengläser, zur Förderung des Wohlbefindens aller Brillenbedürftigen verpflichtet. Die erwähnten Mängel be-

stätigen wir Ihnen gern kostenlos. Sehen Sie jetzt gleich nach, ob Ihr Augenglas auch wirklich in Ordnung ist, falls nicht, dann kommen Sie bitte sofort zu uns. Folgen Sie dieser Einladung. Wir werden Sie freundlich empfangen und dafür sorgen, daß Sie uns von da ab ebenso freundlich in Erinnerung behalten.

Wir machen Ihnen den Besuch unserer modernen und behaglich eingerichteten Geschäfte bequem. Aus nachstehenden Adressen werden Sie sicher ein Geschäft finden, welches auf Ihrem Wege liegt.

Sind's die Augen — geh zu Ruhnke!

- C Spittelmarkt
Alexander-Platz
nahe Ruhnke
Königsstr. 55
gegenüber Rathaus
- W Friedrich-Str. 193 a
Gde. Leipziger Str.
- SO Oranien-Str. 44
zwischen Moritz- und Oranien-Platz
- S Kottbuser Damm 10
nahe Hauptstr.
- O Frankfurter Allee 14
nahe Alex.
- N Friedrich-Str. 106
Gde. Siegel-Str.
- NW Friedrich-Str. 150
Gde. Dorasthen-Str.
- N Chaussee-Str. 72
nahe Waller-Str.
- Schönhauser Allee 61
am Hof, Nordring
- Charlottenburg
Lützen-Str. 15
Gde. Morburger Str.
- Wilmersdorf
Berliner Str. 137-33
nahe Ulland-Str.
- Schöneberg
Haupt-Str. 21, Gde. Ulland-Str.
- Friedenau
Haupt-Str. 18, Gde. Ulland-Str.
- Berg-Str. 4, Gde. Ulland-Str.
- Spandau
Dreile Str. 18, nahe Markt

35 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich.

Fabriken in Rathenow, Neue Schleuse u. Berlin

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Abend, Saubereit! Die Konferenz findet am Sonntag, den 13., in der Juristischen Sprachschule, abends 7 Uhr, statt.

Freitag, den 12. Januar:

Charlottenburg: Jugendheim Rosaenr. 4. Mitgliederversammlung. ...

Wetter bis Sonntag mittag. Kälter, zeitweise Wetter, jedoch sehr unbehaglich mit wiederholten Niederschlägen.

Briefkasten der Redaktion.

Bitte die Aufschrift nicht wegzunehmen. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufschrift muss man einen Vornamen und eine Nummer...

Personen, welche 65 Jahre alt sind, aber welche glaubhaft machen, dass sie dem mit der Ausübung des Amtes verbundenen Aufwand nicht zu tragen vermögen...

Theater, Lichtspiele usw. Opernhaus, Volksbühne, Schauspielhaus, etc.

Romische Oper, Trianon-Th., Theater des Ostens, etc.

Central-Theater, Casino-Theater, Urania, etc.

Opern-Gastspiele, Carmen, etc.

Circus Busch, Letzte Woche, etc.

Metropol-Variete, Programm, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Vorstand, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Vorstand, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Vorstand, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Vorstand, etc.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet! Trauringe, H. Wiese, Juwelier, etc.

Reichsverband der Arbeitsgenossenschaften, Kein Inventur- oder Saison-Verkauf!

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Vorstand, etc.

Kleine Anzeigen

Verkäufe, Kaufgesuche, Miete, etc.